

**Zeitschrift:** Schweizer Schule  
**Herausgeber:** Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz  
**Band:** 59 (1972)  
**Heft:** 6

**Rubrik:** Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 13.01.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

### **CH: Für sofortige Schaffung eines Bildungsrates**

Eine Motion, die der Zuger Erziehungsdirektor, Mitglied der vorberatenden Kommission für die Bildungsartikel, Ständerat Dr. Hans Hürlimann, in der Kleinen Kammer eingereicht hat und von 22 Mitunterzeichnern unterstützt wird, hat folgenden Wortlaut:

In Nachachtung der Tatsache, daß in Zukunft das gesamte Bildungswesen von Bund und Kantonen unter Wahrung der eidgenössischen und kantonalen Kompetenzen gemeinsam zu planen und zu gestalten ist, wird der Bundesrat beauftragt, die Institution eines schweizerischen Bildungsrates zu schaffen. Dieser Bildungsrat ist in einer Weise zusammzusetzen, daß die bildungspolitischen Bestrebungen des Bundes, der Kantone, der Wissenschaft und Forschung sowie der pädagogischen und studentischen Organisationen zur Erarbeitung einer Gesamtkonzeption koordiniert und aufeinander ausgerichtet werden können.

### **ZH: Weiterhin Studiengelder**

Die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen des Kantons Zürich verwarfen mit 107 031 Ja gegen 188 799 Nein eine Initiative auf Abschaffung der Studiengebühren an der Universität Zürich. Regierungs- und Kantonsrat hatten die Ablehnung der Vorlage empfohlen, die durch Thomas Fries im Namen des großen Studentenrates der Universität Zürich eingereicht worden war, da die momentanen Einnahmen von 2,2 Millionen Franken im Jahr «angesichts der angespannten Finanzlage des Kantons Zürich nicht gering geschätzt werden dürfen».

### **BE: Erstes interkantonales Gymnasium in Laufen**

Die Gemeindedelegierten des Bezirks Laufen haben im Prinzip der Errichtung eines interkantonalen Gymnasiums in Laufen zugestimmt. Dieses ist für die Schüler des Bezirkes Laufen und die benachbarten solothurnischen Gemeinden bestimmt. Es handelt sich dabei um das erste interkantonale Gymnasium in der Schweiz. Das neue Gymnasium soll im gegenwärtigen Progymnasium untergebracht werden, sobald dieses Gebäude vergrößert worden ist. Der Kanton Bern wird den größten Teil der Kosten übernehmen.

### **BE: Numerus clausus für Medizinstudenten in Bern**

Gemäß einem Regierungsratsbeschluß dürfen an der Medizinischen und der Veterinärmedizinischen

Fakultät der Universität Bern nicht mehr als 240 Studenten immatrikuliert werden, wobei der Anteil der human-medizinischen Richtung 180 nicht überschreiten darf.

In der Antwort auf eine schriftliche Anfrage im Großen Rat schreibt der Regierungsrat nun, dieser numerus clausus werde «solange aufrechterhalten, als sich die Verhältnisse in bezug auf die Ausbildungskapazität nicht verbessern lassen». Entscheidend seien hier die beschränkten finanziellen Möglichkeiten des Kantons.

### **LU: Regionalisierung im Schulwesen**

Nicht einfach eine rationale Planung als Selbstzweck, sondern die Verwirklichung gleicher Bildungschancen zwingen die Kantone, eine Regionalisierung im Schulwesen genau zu prüfen und die notwendigen Maßnahmen in die Wege zu leiten. Es liegt im Interesse der Sache, wenn solch einschneidende Maßnahmen nicht einfach verfügt werden, sondern wenn das Volk und seine Vertreter im Großen Rat sowie die Regierung rechtzeitig miteinander ins Gespräch kommen, ehe entscheidende Schritte unternommen werden. Es geht dabei darum, die entstehenden Konflikte klar herauszuschälen und gemeinsam eine vernünftige Lösung zu suchen, die sowohl den schulischen Belangen und damit dem Wohl der Kinder wie auch den Interessen der Gemeinden Rechnung trägt. Allerdings liegt hier letztlich gar kein Gegensatz vor. Wie der Luzerner Erziehungsdirektor D. W. Gut an der Fraktionssitzung der Volkspartei des Kantons Luzern betonte, sind in Luzern keine radikalen Änderungen vorgesehen. Vielmehr soll die Entwicklung Schritt für Schritt unter Zustimmung aller Beteiligten voranschreiten.

### **UR: Mittelschüler wünschen Wirtschafts- und Sozialkunde**

Der Schülerrat des Kollegiums Karl Borromäus in Altdorf ist mit der Forderung an den Erziehungsrat gelangt, an den Urner Mittelschulen Wirtschafts- und Sozialkunde als Unterrichtsfächer einzuführen. Jeder Schüler, so wird in der Eingabe postuliert, müsse mit diesen Problemkreisen bekanntgemacht und zur kritischen Beobachtung angeleitet werden.

### **SZ: Gesetz über die Mittelschulen**

Zuhanden des Kantonsrates hat der Regierungsrat den Entwurf eines Gesetzes über die Mittel-

schulen im Kanton Schwyz verabschiedet und ihm eine ausführliche Botschaft beigegeben. Das kurz gefaßte Gesetz, das dem obligatorischen Referendum unterliegt, soll die grundsätzlichen Entschiede über die (mit Ausnahme des Lehrerseminars) erstmalige Führung von zwei Mittelschulen durch den Kanton treffen. Es setzt namentlich auch den Kredit von 12,5 Millionen Franken für die erste Etappe eines Mittelschulbaus in Pfäffikon fest und ermächtigt den Regierungsrat, das Kollegium Maria Hilf in Schwyz mit Aktiven und Passiven in das Eigentum des Kantons zu übernehmen. Darüber wurde mit dem bisherigen Träger, einem von den Bischöfen von Chur, Basel und St. Gallen gebildeten Verein, am 24. Februar 1972 ein Vertrag abgeschlossen. Ferner sieht das Gesetz vor, daß auch die verbleibenden privaten Mittelschulen, soweit sie einem Bedürfnis der Kantonseinwohner entsprechen, weiterhin Kantonsbeiträge erhalten sollen.

#### **ZG: Kindergärten und Weiterbildungsschule**

(Aus den Verhandlungen des Kantonsrates)

Über die Bereitschaft des Regierungsrates, die Kindergärten in das öffentliche Schulwesen einzugliedern, freuten sich die beiden Motionäre Andreas Iten (freis., Unterägeri) und Klaus Frick (soz., Zug), die den Gesinnungswandel des Regierungsrates voll anerkennen. Hinsichtlich des Zeitpunktes dieser Maßnahme versicherte Erziehungsdirektor Dr. Hans Hürlimann, daß die Einführung des 9. Schuljahres noch in dieser Amtsdauer (bis Ende 1974) vollzogen werde, gleichzeitig könne auch die Eingliederung der Kindergärten erfolgen.

Nachdem die Stadt Zug im kommenden Frühjahr den neuen Schultyp, die Weiterbildungsschule, einführen wird, stellte der Regierungsrat den Antrag, diese finanziell von seiten des Kantons zu unterstützen. Dazu hat die Staatswirtschaftskommission ihre Zustimmung gegeben. Der Rat stimmte dem Antrag oppositionslos zu.

#### **SO: Neues Maturitätsreglement – großer Lehrermangel**

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn hat ein neues Reglement für die Maturitätsprüfungen am Gymnasium (Typen A und B) und an der Oberrealschule (Typus C) der Kantonsschule erlassen. Das Reglement bringt eine Neuumschreibung der obligatorischen und der alternierenden Prüfungsfächer, den Wegfall von Geographie und Philosophie als Prüfungsfächer, die Doppelzählung der Noten bestimmter Prüfungsfächer und die Erhöhung der Summe der zulässigen ungenügenden Noten. In einer späteren Phase sollen die Struktur der Maturitätsprüfungskommission und der Status der Prüfungsexperten neu geregelt werden.

Trotz fünf bis sechs Parallelklassen im Seminar hat sich der Lehrermangel verstärkt. Auf Beginn des Schuljahres 1972/73 stehen für zwanzig Stellen, vorwiegend an 1. und 2. Klassen, keine vollausgebildeten Lehrkräfte zur Verfügung.

Zu dieser unerfreulichen Situation haben vor allem die ungewöhnlich große Zahl von Rücktritten, aber auch neue Lehrstellen geführt. Unter den Zurückgetretenen sind am zahlreichsten die jungen Lehrerinnen, die sich verheiratet, und bereits verheiratete, die aus familiären Gründen austreten. Dazu kommen die altersbedingten Demissionen und die Austritte zwecks Weiterstudium oder Berufswechsel.

Das Erziehungsdepartement sieht sich deshalb gezwungen, alle Möglichkeiten der Rekrutierung weiterer Lehrpersonen auszuschöpfen; es wendet sich in einem Inserat an alle Inhaber eines Lehrpatentes, um sie dazu zu bewegen, wieder in den Schuldienst zu treten.

NZZ, Nr. 88, 22. 2. 1972

#### **SH: Schulsубventionen**

Mit 22 681 Ja gegen 6351 Nein ist im Kanton Schaffhausen das neue Gesetz über die Subventionierung von Schulbauten sowie von Kindergärten, Schülerhorten und Kinderkrippen gutgeheißen worden. Es ersetzt das seit 1966 gültige Gesetz über die Subventionierung von Schulbauten und bringt wesentliche Verbesserungen. Die Stimmbeteiligung betrug 76 Prozent.

#### **AG: Beratungsstelle für Drogengefährdete**

Mit Beginn des neuen Schuljahres 1972/73 soll in Aarau versuchsweise eine Beratungsstelle für drogengefährdete Mittelschüler und Seminaristen eingeführt werden. Die Beratungsstelle wird von Dr. H. Lang, Hauptlehrerin für Psychologie am Seminar Wettingen, betreut werden. Der einjährige Versuch soll zeigen, ob auch der Kanton Aargau wie Zürich und Basel eine hauptamtliche Beratungsstelle einrichten soll.

NZZ, Nr. 98, 28. 2. 1972

#### **AG: Aarau schafft Kadettenuniform ab**

Vom Frühjahr 1972 an wird die einheitliche Kadettenuniform für Aarauer Bezirksschüler nicht mehr obligatorisch sein. Dies beschloß die Aarauer Schulpflege, die noch prüfen wird, ob das grüne Militärtenue durch eine einheitliche Sportkleidung abgelöst werden soll. Eine konsultative Volksbefragung im Dezember hatte gezeigt, daß gegen die Uniform eine starke Abneigung vorhanden ist.

#### **TG: Regierungsratswahlen**

Zum neuen thurgauischen Regierungsrat ist der sozialdemokratische Kandidat Alfred Abegg, bis-

her Stadtammann in Kreuzlingen, mit 25 392 Stimmen bei einem absoluten Mehr von 19 719 gewählt worden. Alfred Abegg tritt die Nachfolge von Rudolf Schümperli an, der ebenfalls der Sozialdemokratischen Partei angehört und von seinem Amte als Erziehungsdirektor zurückgetreten ist.

#### **VD: Schulkredite vor dem Großen Rat**

Ein Kredit von 163000 Franken soll ein Schulexperiment in Rolle ermöglichen: Rund hundert 10-jährige Schüler werden versuchsweise in «Globalklassen» (ohne Unterscheidung zwischen Primar- und Sekundarschule) unterrichtet, wobei die Notengebung nach Möglichkeit vermieden wird. Für den übernächsten Herbst ist ein größerer Versuch in der Region Vevey geplant.

Um die Lehrer auf die Anwendung des interkantonalen Schulkonkordates vorzubereiten, werden während des «Langschuljahres» vom Frühling

1972 bis Herbst 1973 spezielle Kurse durchgeführt, für die 500 000 Franken bewilligt wurden.

Ein Globalkredit von 1,16 Millionen Franken dient ferner Studien zur Errichtung neuer Mittelschulen in La Tour-de-Peilz und Lausanne.

#### **NE: Kredit für Technische Schule**

Mit 18 135 Ja gegen 5463 Nein stimmten die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen des Kantons Neuenburg einem Kantonsbeitrag von rund 1,7 Millionen Franken für den Bau und die Einrichtung der technischen Schule von Couvet zu. Der Neubau der Schule wird auf rund fünf Millionen Franken zu stehen kommen. Im weiteren bewilligten die Neuenburger mit 20 379 Ja gegen 3327 Nein die Übernahme des Betriebsdefizites der Laborantinnenschule des Spitals Pourtales durch den Kanton, bis die Frage endgültig geprüft ist, ob diese Schule vom Kanton übernommen wird.

## **Schule - Fortschritt - Götze?\***

Ivan Illich

Die folgenden Ausführungen mögen manchen ärgern, vor allem wenn einer sie nicht aufmerksam zu Ende liest. Eine der anerkanntesten Institutionen unserer Zivilisation wird kritisiert, ohne daß dabei ein konkretes Gegenmodell geliefert wird. Kann man aber von Diagnosen, die eine ganze Kultur betreffen, gleich eine Gegenlösung verlangen? Zeigen sich grundlegende geistige Krisen nicht zunächst dadurch, daß Selbstverständliches einfach fragwürdig wird? Könnte darum im folgenden nicht der Versuch zu einer Diagnose liegen, die eine verborgene Krankheit sichtbar macht, und wird nicht wenigstens indirekt der Weg zu einer Lösung angedeutet? Redaktion

Alle Menschen brauchen Essen und ein Dach über dem Kopf; aber es gibt gewiß weniger universale Notwendigkeiten. Vor nur einem Jahrhundert, zum Beispiel, war ein Taufschein noch eine vorrangige Notwendigkeit für jeden Bewohner der spanischen Kolonien. Heute kann man ohne ihn leben. Die Notwendigkeit für Taufe kam und ging.

Uns scheint heute Schulung eine Notwendigkeit erster Güte. So die Welt überlebt, wird diese Notwendigkeit in Kürze nicht mehr empfunden werden.

Etwa ein Drittel aller Menschen lebt heutzutage in dem Glauben an die Notwendigkeit der Schulung. Zwar geben sie zu, daß einige Menschen auch ohne sie auskommen können – ebenso wie andere ohne Behausung auskommen, aber sie empfinden Bedauern über den Mangel an beidem.

Alle Macht auf Erden befindet sich in zunehmendem Maße in den Händen der Gebildeten. Sogenannte Bildung dient der herrschenden Minderheit als Rechtfertigung für die Privilegien, die sie beansprucht und auch genießt. Wenn herausgefordert, gebärden sich die Gebildeten wie jener Haushalter, der bei sich selbst sprach: graben kann ich nicht, zu betteln schäme ich mich, und der fortan klüglich handelte und das Papier in seinem Besitz zu seinem Amt machte.

#### **Fern vom Leben**

Schulung bedeutet heute die Umkehrung des lebendigen Lernvorgangs in einer menschlichen Umwelt; einer Umwelt, in der

\* I. Illich: Aus einer Vorlesung in Lima 18. Juli 1971 («Orientierung», 35. Jahrg. Nr. 20, S. 221 ff.)